Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nochmals vielen Dank, dass Sie sich so zahlreich an unserem Aufruf beteiligt haben und einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation gestellt haben. Damit haben Sie nicht nur Widerspruch gegen die Streichung des Weihnachtsgeldes eingelegt, sondern auch wirkungsvoll gegen die aktuelle Besoldungspolitik der Landesregierung protestiert!

Die Reaktion der Landesregierung auf die Anträge ist sehr unterschiedlich ausgefallen. Einige Kolleginnen und Kollegen haben keinerlei Reaktion auf ihre Anträge erhalten. Bei anderen sind die Anträge auf amtsangemessene Alimentation sofort abgelehnt worden.

Mit Mail vom 16.01.2023 hatten wir Ihnen empfohlen, gegen diese Ablehnungsbescheide Widerspruch einzulegen. Die Einlegung des Widerspruchs ist kostenfrei und war somit mit keinem finanziellen Risiko verbunden.

Nun haben die ersten Kolleginnen und Kollegen Widerspruchsbescheide erhalten, mit denen die Anträge erneut abgelehnt werden.

Um die Ansprüche aufrechtzuerhalten, müsste nun in jedem Einzelfall innerhalb eines Monats Klage beim Verwaltungsgericht eingereicht werden! Dies ist aber mit einem Kostenrisiko für jeden Einzelnen verbunden! Grundsätzlich löst die Einreichung einer Klage eine allgemeine Verfahrensgebühr aus, die nach unserer Einschätzung 483 € je Fall betragen dürfte. Sie werden sicherlich verstehen, dass es dem VLBS bei der Vielzahl der Widersprüche bzw. der möglichen Klagen nicht möglich ist, diese Verfahrensgebühr zu übernehmen bzw. zu bezuschussen.

Aufgrund der drohenden Kosten und wegen der unsicheren Erfolgsaussichten einer Klage, empfehlen wir Ihnen deshalb, keine Klage einzureichen.

Wir hoffen, dass der dbb mit seiner Verfassungsbeschwerde Erfolg haben wird und die Landesregierung dann endlich ihre unangemessene und unzulässige Besoldungspolitik aufgibt. Mit unserer Protestaktion haben wir einen wichtigen Beitrag geleistet, um den dbb bei zukünftigen Verhandlungen zu unterstützen. Es ist wichtig, dass wir dies auch bei weiteren Aktionen in 2023 tun, denn nur mit aktiven Mitgliedern können wir als Verband unserem Dienstherrn deutlich machen, dass seine Besoldungspolitik falsch ist.

Mit freundlichen Grüßen

Der Landesvorstand